

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XXI/184

Bonn, den 24. September 1966

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite</u>		<u>Seiten</u>
1	<u>Der Unterschied</u> Botschafter Zarapkin und "die deutsche Presse"	21
1	<u>Schweigen wäre besser</u> Unhöflicher Rumor um Speer und von Schirach	25
2 - 2a	<u>"Der Staat sind wir"</u> Eindrücke von der Kassiererertagung eines SPD-Bezirks	95
3 - 4	<u>EWG erweitern !</u> Die wirtschaftliche und politische Verantwortung Europas Von Egon O. Heinrich	61
5 - 6	<u>"Wie heißt er doch gleich ?"</u> Dreißig Jahre Franco-Regime Von unseren ED-I-Korrespondenten in Madrid	60

Der Unterschied

Botschafter Zarapkin und "die deutsche Presse"

sp - In der vergangenen Woche hat der neue Sowjetbotschafter in der Bundesrepublik, Zarapkin, beim Auswärtigen Amt in Bonn einen offiziellen Protest gegen die Verunglimpfung der Sowjetunion durch "die deutsche Presse" vorgetragen. Die Sowjets sind mit Verallgemeinerungen nicht sparsam. Daß aber ein Mann wie Zarapkin die "Deutsche Soldatenzeitung", den "Spiegel", die "Süddeutsche Zeitung" und sogar "Die Zeit" in einen Topf wirft, ist mehr als merkwürdig. Wir haben in der Zwischenzeit festzustellen versucht, was diesen Schritt des sowjetischen Botschafters ausgelöst haben könnte. Dabei sind wir darauf aufmerksam gemacht worden, daß Herr Zarapkin ganz offensichtlich das Opfer einer Fleißarbeit geworden ist, die ein früherer mit Pressefragen betrauter Angestellter der sowjetischen Botschaft hinterlassen hat. Das ist sehr bedauerlich, denn einem Mann, der jahrelang an der Spitze der sowjetischen UKO-Abrüstungsdelegation in Genf stand, wäre es bei einiger persönlicher Kenntnis des deutschen Pressewesens sicher aufgefallen, daß man z.B. die "Deutsche Soldatenzeitung" und "Die Zeit" beim besten Willen nicht in einem Atemzuge nennen kann. Es bleibt zu hoffen, daß nach längerem Aufenthalt des sowjetischen Botschafters in der Bundesrepublik dieser bald herausfinden wird, worin der Unterschied zwischen der "Deutschen Soldatenzeitung" und den anderen Zeitungen, die er in seiner Protestnote nannte, besteht.

+ + +

Schweigen wäre besser

Unnötiger Rummel um Speer und von Schirach

sp - Eine auf Sensation bedachte Presse hat dafür gesorgt, daß wieder in vieler Munde die Namen von zwei Männern sind, die einst zu den Großen des Dritten Reiches zählten und durch ihr Wirken Hitlers Teufelwerk mit ermöglichten. Für Baldur von Schirach, dem Verdorben der deutschen Jugend, und Albert Speer, dem Rüstungsminister, der die Kriegemaschinerie des Dritten Reiches zur vollen Entfaltung brachte, öffneten sich am 30. September die Tore des Spandauer Gefängnisses. Zwanzig Jahre ihres Lebens haben sie dort aufgrund der Nürnberger Urteile verbringen müssen - ein gewiß hartes Schicksal. Aber war es nicht durch eigene Schuld verdient und heraufbeschworen? Unserer heutigen Jugend sagen diese Namen nichts. Doch den Älteren sind sie assoziiert mit dem grauenvollen Geschehen, das mit dem Dritten Reich über Deutschland, Europa und fast die ganze Welt hereinbrach. Noch heute leiden wir unter seinen Folgewirkungen und noch heute lebt im Gedächtnis der Völker die Erinnerung an jene mit unsagbarem Leid und Schrecken erfüllten Jahre. Beide Männer stellten ihre Fähigkeiten einem Hitler zur Verfügung, zählten zu seinen bedingungslosen Bewunderern. Und nun dieser Rummel um ihre bevorstehende Entlassung! Für unsere Nachbarn wird dieser Tag ohnehin Anlaß genug sein, jene Zeit wieder heraufzubeschwören. Uns aber geziemt Schweigen. Wäre es nicht besser, die Namen dieser Männer für immer der Vergangenheit anheim fallen zu lassen? Auch zwanzigjährige Haft kann nicht deren Schuld tilgen und schon gar nicht kommt ihnen die Gloriette von Märtyrern zu. Ihre Namen bleiben für alle Zeiten mit dem tiefsten Fall unseres Volkes verbunden.

+ + +

"Der Staat sind wir"

Eindrücke von der Kassiererversammlung eines SPD-Bezirks

G.M. - In jüngster Zeit wird gelegentlich davon gesprochen, viele Deutsche hätten kein richtiges Verhältnis zum demokratischen Staat. Wer selbst nicht weiß, was er sich darunter vorstellt, dem mag ein solches Wort leicht über die Lippen gehen. Wer aber prüfen will, ob die Behauptung von der Staatsverdrossenheit zutrifft, wer wissen möchte, wie einfache Menschen über solche Redensarten denken, sollte in dieser Woche einmal bei der Kassiererversammlung eines SPD-Bezirks Mäuschen spielen. Er wird sich wundern, wie viele einfache Menschen unseres Volkes jede sich ihnen bietende Gelegenheit nutzen, um den Staat, die demokratische Gemeinschaft, zu festigen, wie sie sich dafür einsetzen, daß niemand ihnen das zerstört, was sie selbst aufgebaut haben: den Weg zu einem demokratischen und sozialen Rechtsstaat.

* * *

Da sitzen an einem Sonntag Vormittag etwa 200 Frauen und Männer, Vertrauensleute der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands im Bezirk Oberfranken, im Saale des Schlosses Schney bei Lichtenfels. Sie sind gekommen, um mit dem Schatzmeister der Partei, Alfred Nau, und ihren Bezirksvorsitzenden, MdB Max Seidel, darüber zu beraten, wie das finanzielle und damit organisatorische Fundament der Partei auch nach dem Karlsruher Urteil über die Parteienfinanzierung gesichert werden kann. Es sind Frauen und Männer aus den Betrieben der Umgebung, aus der Landwirtschaft, Geschäftsleute, Angestellte und Beamte. Niemand hat sie zu der Konferenz "abkommandiert"; sie sind freiwillig gekommen, sie wollen mit Rat und Tat helfen, um ihrer politischen Gemeinschaft und, im übertragenen Sinne, dem demokratischen Staat jene Sicherheit zu geben, die er braucht, um unabhängig von Interessengruppen und anderen mächtigen Einflüssen existieren zu können.

* * *

Solches Wollen ist für diese Frauen und Männer nicht neu. Die Älteren unter ihnen haben für ihre Idee schon Opfer gebracht, als die Bürgeren gerade begannen, den demokratischen Staat auch als ihr "Haus" zu betrachten. So ist es nicht verwunderlich, wenn Alfred Nau und Max Seidel eine Zuhörerschaft antreffen, die von ihrer für die Organisation und die Finanzen verantwortlichen Männern keine flammenden politischen Reden erwarten, sondern gewissenhafte Analysen der gegenwärtigen Parteienstruktur und des demokratischen Staatswesens.

Beifall brandet aber auf, wenn sie ihre eigenen Gedanken bespricht finden. Wenn Alfred Nau z.B. sagt, die deutsche Demokratie stehe und falle mit dem Willen der Demokraten, die politischen Parteien aus eigener Kraft zu den entscheidenden Willensträgern des deutschen Volkes zu machen. Oder wenn er sagt, die SPD werde auch nach dem Urteil von Karlsruhe ihre seit mehr als hundert Jahren freiwillig übernommene Aufgabe der Durchführung des Staates mit demokratischem Denken und Handeln erfüllen.

* * *

Zahlreiche Diskussionsredner beteiligen sich an der Aussprache mit Vorschlägen und Anregungen zur Verbesserung der Mitgliederkassierung, zur Verwendung des Vermögens der Partei und an der Suche nach

modernen Methoden der Mitgliederwerbung. Alle diese Anregungen ergeben sich aus meist langjährigen Erfahrungen in der Organisationsarbeit. Auch wenn Kritik geübt wird, spürt man den Wunsch, dieses oder jenes in Zukunft besser machen zu wollen. Würde man nicht ganz genau, daß man in einer Funktionärkonferenz der Sozialdemokratischen Partei ist, dann könnte man glauben, an der Vertreterversammlung einer großen Gesellschaft teilzunehmen, wo sachlich und nüchtern über neue Investitionen, Erhöhung des Gesellschaftskapitals oder andere wichtige Probleme gesprochen wird.

* * *

Und noch etwas fällt auf. Die Sprache der Frauen und Männer, die hier zusammengedrungen sind, ist einfach und eindringlich; ob Beamter oder Arbeiter, ob Angestellter oder Landwirt - von kleiner Nuancen abgesehen, spürt man sofort, daß sie alle einer großen Familie angehören. Natürlich ist die eine oder andere Anregung milieubedingt, aber noch treffen sich alle Redner mit ihren Vorschlägen in einem Punkt: Sie wollen, daß die Sozialdemokratische Partei unabhängig bleibt, daß niemand - auch wenn er eine noch so großzügige Spende geben sollte - in eine Politik der Partei hineinreden darf. Sie sagen, daß sie für ihre Partei stehen, für ihre Idee arbeiten wollen und daß diese Idee berufen ist, das feste Fundament des demokratischen Staates zu sein und zu bleiben.

* * *

Natürlich wird in diesem Zusammenhang auch die Frage aufgeworfen, ob die Partei öffentliche Gelder nehmen soll oder nicht. Im Prinzip lehnt man das nicht ab, aber mit zwei entscheidenden Vorbehalten. Erstens müssen öffentliche Gelder, die eine Partei erhält, auch öffentlich kontrolliert werden, d.h. die Parteien müssen endlich das vom Grundgesetz geforderte Parteiengesetz verabschieden, das dann als Maßstab für die Verwendung und die Kontrolle öffentlicher Mittel zu gelten hat. Zweitens, wenn öffentliche Gelder einer Partei zur Verfügung gestellt werden, darf die Höhe der Zuwendungen in keinem Fall die eigene Leistung der betreffenden Partei überschreiten. Auch wird mit Nachdruck darauf verwiesen, daß öffentliche Gelder in erster Linie der allgemeinen politischen Bildungsarbeit dienen sollen, d.h. der Förderung des Nachwuchses, der Schulung von jungen Kommunalvertretern und der Vorbereitung auf andere öffentliche Aufgaben, die im Interesse des demokratischen Staates liegen.

* * *

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands ist stolz darauf, daß ihre Mitglieder und Vertrauensleute in dieser Form die Finanzprobleme der Partei erörtern. Das ist die gesunde Grundlage eines demokratischen Staates. Selbstbewußt und getragen von einem starken Verantwortungsgedahl für das Ganze bauen die Sozialdemokraten von heute ihren Beitrag zur Festigung der deutschen Demokratie auf die Summe reicher Erfahrungen einer traditionsreichen Vergangenheit auf.

Es wäre zu wünschen, wenn auch die anderen Parteien in der Bundesrepublik auf diese Weise ihren Beitrag zur Weiterentwicklung der deutschen Demokratie leisten würden. Niemand brauchte dann noch von "Staatsverdrossenheit" zu reden, aber alle könnten sagen: "Der Staat sind wir".

+ + +

EWG erweitern !

Die wirtschaftliche und politische Verantwortung Europas

Von Egon C. Heinrich

Selten ist mit größerer Energie, Leidenschaft und Sachkenntnis für die Überwindung der wirtschaftlichen Spaltung in Westeuropa plädiert worden als auf der zweitägigen gemeinsamen Sitzung des Europäischen Parlaments und der Beratenden Versammlung des Europarats. Zu der traditionell im September stattfindenden Tagung waren zum dreizehnten Male die 142 Abgeordneten des Europäischen Parlaments und die 147 Mitglieder der Beratenden Versammlung im Europahaus zu Straßburg zusammengekommen. Diese Sitzungen sind sozusagen der alljährliche Höhepunkt in der parlamentarischen Arbeit beider Gremien, bieten sie doch eine ausgezeichnete Plattform zur Konfrontation der Auffassungen zwischen EWG, EFTA und den neutralen westeuropäischen Staaten. Es ist bereits Tradition, daß für die gemeinsame Sitzung beide Versammlungen einen Bericht über ihre Tätigkeit im abgelaufenen Jahr vorlegen und daß unter Teilnahme der Präsidenten der drei Europäischen Gemeinschaften über ein gemeinsames Thema debattiert wird.

Was lag angesichts der neuesten Entwicklungen näher, als über die Erweiterung der Europäischen Gemeinschaft und die wirtschaftliche und politische Verantwortung Europas in der Welt zu diskutieren? Zu diesem Thema hatten der französische Abgeordnete Catroux für das Europäische Parlament und der österreichische SPÖ-Nationalrat und Vorsitzende der Sozialistischen Fraktion der Beratenden Versammlung, Karl Czernetz, Berichte vorgelegt. Mehr am Rande wurden noch die Erfordernisse wissenschaftlicher und technologischer Zusammenarbeit in Westeuropa behandelt. Hier ging es vor allem um das Zurückbleiben Europas in der wissenschaftlich-technischen Entwicklung gegenüber den beiden Weltmächten USA und Sowjetunion und um die früher oder später eintretenden wirtschaftlichen Folgen dieses Rückstandes.

Beherrschendes Thema war indes die aus politischer und wirtschaftlichen Gründen zwingende Notwendigkeit, das wirtschaftspolitische Nebeneinander der Sechsergemeinschaft und der Siebener-Gruppe so schnell wie irgend möglich zu beenden. Nach den unstrittenen Erklärungen Bundeskanzler Erhards während seiner Skandinavienreise kommt der Frage des Brückenschlags zwischen EWG und EFTA eine gesteigerte Aktualität zu. Die von Erhard in Oslo und Stockholm befürwortete Große Freihandelszone unter Einfluß beider Blöcke wurde indessen von der überwältigenden Mehrheit der 300 Straßburger Parlamentarier sowie vom Präsidenten der EWG-Kommission, Professor Hallstein, entschieden abgelehnt. Selbst der CDU-Abgeordnete Professor Furler distanzierte sich eindeutig von den Ansichten seines Parteivorsitzenden.

Es ist bemerkenswert, daß die beiden prominentesten Mitglieder der englischen Europarats-Delegation, die früheren Minister Gordon Walker (Labour) und Duncan Sandys (konservativ), eine andere Möglichkeit als die Vollmitgliedschaft ihres Landes in der EWG gar nicht erst in Betracht zogen. Sie bezeichneten eine Freihandelszone als untaugliche Ersatzlösung. Nach Ansicht Gordon Walkers, der nach der Wahl Sir Geoffrey de Freitas' zum Präsidenten der Beratenden Versammlung jetzt

Beiter der britischen Europaratsdelegation ist, wird Großbritannien noch vor Ablauf der jetzigen Legislaturperiode des Unterhauses im Gemeinsamen Markt sein. Die nächsten zwei bis drei Jahre würden darüber entscheiden. Gleichzeitig mit dem Beitritt müßten die Beziehungen zu Osteuropa verbessert werden. Vor Wiederaufnahme der Verhandlungen über einen Beitritt zur EWG will London sicher sein, daß ihm nicht ein zweites Mal der Stuhl vor die Tür gesetzt wird.

Es liegt nun bei den sechs EWG-Ländern, eine gemeinsame Haltung in den Beitritts- und Assoziierungsfragen zu erarbeiten. Prestigefragen sollten dabei keine Rolle spielen. Der SPD-Bundestagsabgeordnete Dr. Klaus-Peter Schultz forderte die EWG auf, ihren selbstzufriedenen Attentismus aufzugeben. Die SPD-Bundestagsfraktion hatte bereits im Juni einen Antrag im Bundestag eingebracht, in dem die Bundesregierung aufgefordert wurde, eine gemeinsame Haltung der EWG-Partner in der Beitrittsfrage herbeizuführen. Bis jetzt hat Brüssel allerdings nicht einmal auf die verschiedenen Verhandlungsangebote des EFTA-Ministerrats reagiert.

In Straßburg wurden auch jene Politiker widerlegt, die Beitrittsverhandlungen wegen der schwierigen Wirtschaftslage Englands z.B. nicht für opportun halten. Mit Recht wurde darauf hingewiesen, daß sich Frankreich 1957 bei Abschluß des EWG-Vertrages ebenfalls in einer deklarierten wirtschaftlichen Situation befand. Ähnliches gilt für Italien. Der Beitritt Englands zum Gemeinsamen Markt müßte vielmehr zur Überwindung der dortigen Zahlungsbilanzschwierigkeiten beitragen, wenn anders die EWG den Namen Gemeinschaft verdienen soll. Außerdem werden die wirtschaftlichen Schwierigkeiten von den Briten selbst als nur kurzfristig angesehen. Sachliche Hindernisse für den Beitritt liegen dagegen vor allem in der Agrarpolitik der EWG und der fehlenden parlamentarischen Kontrolle. Bei Übernahme der jüngst beschlossenen EWG-Agrarfinanzierung müßte England z.B. ein Drittel aller Kosten für die EWG-Agrarpolitik aufbringen, was ein absolutes Hindernis für den Beitritt wäre.

Als Sprecher der sozialdemokratischen Fraktion des Europäischen Parlaments bezeichnete der SPD-Bundestagsabgeordnete Herbert Kriedemann in diesem Zusammenhang die Agrarbeschlüsse der EWG als eine Beilehnung lebenswichtiger Interessen unserer Nachbarländer. Bundeskanzler Erhard habe in Skandinavien große Versprechungen gemacht, gleichzeitig setze die Bundesregierung aber in Brüssel Beschlüsse durch, die den Graben zwischen EWG und EFTA immer weiter vertieften. So bringe der EWG-Milchpreis neue Schwierigkeiten für die landwirtschaftlichen Ausfuhren Dänemarks. Große Teile der EWG-Agrarpolitik müßten daher vor einer Erweiterung der Gemeinschaft auf die EFTA-Staaten revidiert werden. Eine Korrektur dieser Politik sei nicht nur im Interesse des größeren Europa, sondern auch für die Verbraucher und die Staatshaushalte der EWG notwendig.

Mehr als 30 Redner haben in Straßburg alle Aspekte des Problems der Erweiterung der Gemeinschaft analysiert. Je länger die beiden Blöcke getrennt nebeneinander weiterexistieren, desto schwieriger wird ihre Verschmelzung werden. Wenn es nach den Parlamentariern ginge, könnte mit den Verhandlungen sofort begonnen werden. Wann werden die Regierungen soweit sein?

"Wie heißt er doch gleich?"

Dreißig Jahre Franco-Regime

Von unserem ED-1-Korrespondenten in Madrid

Am 1. Oktober 1966 werden es offiziell dreißig Jahre sein, seitdem der heute 73-jährige spanische Staatschef, General Francisco Franco y Bahamonde, der von ihm geschaffenen spanischen Ständestaat regiert. Über seine Rolle im spanischen Bürgerkrieg von 1936 bis 1939, im Zweiten Weltkrieg und in der Nachkriegszeit ist viel Gereimtes und Ungereimtes geschrieben worden. Fest steht, daß er noch heute uneingeschränkt die Macht im Staate ausübt und eine monarchistische Lösung seiner Nachfolge vorgezeichnet hat, von der man nicht weiß, ob sie von spanischen Volk in seiner Gesamtheit akzeptiert wird.

Für den 1. Oktober, dem "Tag Francos", sind zahlreiche Ehrungen geplant, bei denen die Falange-Jugend hervortreten soll. Glänzende Militärparaden pflegen bei feierlichen Anlässen in Spanien die Macht jenes Mannes zu demonstrieren, der - obwohl oberster Chef der Falange - sich notgedrungen nicht mehr ausschließlich auf die autoritäre Einheitspartei stützen kann, weil im Zeitalter einer vorsichtigen Liberalisierung totalitäre Tendenzen im Volk einen immer geringeren Rückhalt finden.

"27 Jahre Frieden"

Francco begeht sein "Staatschef-Jubiläum" im Zeichen der Syndikatswahlen, begleitet von un gelenkten Wandmalereien auf den Straßen Madrids "Elecciones libres" ("Freie Wahlen"). In einer offiziellen Würdigung heißt es, Franco habe seit König Philipp V. (1700 - 1746) am längsten regiert - doch Alfons XIII., der letzte spanische Monarch, herrschte von 1886 bis zu seiner Abdankung 1931. Dieses Beispiel zeigt, daß der lendläufige Eindruck vom "Ordnung schaffenden starken Mann" nicht ganz zutrifft: 30 Jahre Franco haben nicht genügt, um in den Spaniern jene Liebe zur Genauigkeit und Sorgfalt zu erwecken, die für den industriellen Fortschritt unerlässlich ist. Immerhin kann Franco darauf verweisen, Spanien seit 27 Jahren von jeder kriegeri-

schon Verwicklung ferngehalten zu haben. "27 Jahre Frieden" ist seine stärkste Trumpfkarte, denen seine Gegner nichts Gleichwertiges entgegenzusetzen können. Franco, dessen politische Vorbilder im Laufe der Jahrzehnte wechseln, orientiert sich heute weitgehend an dem persönlichen Beispiel des französischen Staatschefs de Gaulle. Er ist selbstbewußt; was keinen Spanier einfallen würde, tut er. Er lies sich vom Fernsehen aufnehmen, als er einen Kardinal nicht etwa devot die Hand küßte, wie es von jedem Spanier erwartet wird, Franco kehrte den Souverän heraus, der im Benehmen mit dem Vatikan die Kirchenfürsten ernannt und den Kardinälen den roten Hut aufsetzt: Er schüttelte dem Kirchenfürsten die Hand, wobei letzterer sich in respektvoller Haltung vor dem Staatschef verbeugte.

Francisco - ein spanisches Tabu

Diese kleine Episode unterstreicht, welche Autorität Franco genießt. Er ist praktisch unantastbar. Beleidigungen seiner Person werden mit schweren Strafen geahndet; die Majestätsbeleidigung ist dagegen fast ein Kavaliärsdelikt. Franco gehört zu den absoluten Tabus in Spanien. Es gibt deren nur noch wenige, aber der Staatschef, der auf seine Leistung als Bewahrer des Friedens hinweist, gehört dazu. Man mag die Regierung als "unfähig" und sogar als nichtswürdig beschimpfen; jede Kritik findet bei Francos Person ihre Grenze. Wenn manchmal behauptet wird, Ausländer (vor allem Skandinavier und Briten) hätten "das Staatsoberhaupt beleidigt", so mag dies vielleicht zutreffen oder auch nicht. Dem ausländischen Touristen ist daher dringend zu raten, den Namen des Staatschefs vor Spaniern nicht in den Mund zu nehmen. In ausländischen Journalistenkreisen in Madrid ist man so vorsichtig, den Namen des Staatschefs in Hörweite von Spaniern mit "wie heißt er doch gleich" zu umschreiben. Dies geschieht nicht aus Furcht vor Denunzianten, sondern gründet sich auf die Befürchtung, ein sprachunkundiger Landesbewohner könnte etwas in den falschen Hals bekommen und eine Staatsaktion entfesseln, die den Aufwand gewiß nicht wert ist. So streng sind eben hier die Bräuche...